

Interfraktionell	Drucksache Nr. A/16/4037-02	Termin 24.09.2018	Rat der Stadt		
<u>Antragsvorlage</u>			öffentlich		
Termin	Gremium		Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss- kontrolle*
24.09.2018	Rat der Stadt		B		

Beratungsgegenstand

Interfraktioneller Änderungsantrag gem. § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt zum Antrag A/16/3854-01 - Beistandsrecht gem. SGB X Paragraph 13 Abs. 4

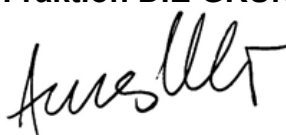
Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Oberhausen fordert **bittet** die Verwaltung auf, darauf hinzuwirken, dass in jeder Einladung zu persönlichen Gesprächsterminen des Jobcenters und des Amts für Grundsicherung in Oberhausen auf das Beistandsrecht gem. SGB X Paragraph 13 Abs. 4 hingewiesen wird.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Trägerversammlung über diesen Antrag zu informieren. Die Trägerversammlung soll bei der Zentrale der Bundesagentur darauf hinwirken, eine Änderung der zentral erstellten Vordrucke bzw. Bescheide vorzunehmen. Dieser Hinweis soll deutlich hervorgehoben und integraler Bestandteil der Einladung sein. Bis zu einer möglichen Änderung soll zusätzlich ein öffentlicher Aushang in den Jobcentern erfolgen.

Darüber hinaus sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters und des Amts für Grundsicherung bezüglich der besonderen Bedeutung des Beistandsrechts sensibilisiert werden.

1

Vorsitzender SPD-Fraktion  W. Große Brömer 19.09.2018		Sprecher Fraktion DIE GRÜNEN  A. Blanke 19.09.2018		Vorsitzender FDP im Rat  H.-O. Runkler 19.09.2018
Vorsitzender BOB im Rat P. Bruckhoff 19.09.2018	Vorsitzender Die Linke.Liste -Fraktion Y. Karacelik 19.09.2018	Vorsitzende Bürgerliste Oberhausen- Gruppe A.-C. Walther 19.09.2018	Vorsitzende CDU-Fraktion S.-T. Stehr 19.09.2018	